

Geopolitische Auswirkungen des Berg-Karabach-Konflikts

Die Eroberung Berg-Karabachs durch aserbaidische Truppen im September 2023 markierte eine regionale Machtverschiebung. Die armenische Armee hielt sich zurück, und die russischen Truppen vor Ort haben die Kämpfe nicht verhindert. Mit dem schwindenden Einfluss Russlands überdenkt Armenien seine Beziehungen zu Moskau. Die Aussichten auf Frieden bleiben jedoch ungewiss.

Von Hrant Mikaelian
und Jeronim Perović

Der Berg-Karabach-Konflikt, der auf die Grossmachtrivalitäten des frühen achtzehnten Jahrhunderts zurückgeht, eskalierte jeweils, wenn die imperiale Kontrolle durch die benachbarten Grossmächte – das safawidische Persien, das russische Zarenreich und die Sowjetunion – nachliess. Nachdem die Rote Armee den gesamten Südkaukasus erobert hatte, erklärte das von Moskau kontrollierte Kaukasus-Büro der Kommunistischen Partei das armenisch besiedelte Berg-Karabach 1921 zur autonomen Region. Jedoch wurde diese Region von der neu geschaffenen Sowjetrepublik Aserbaidschan verwaltet, was häufig zu Spannungen zwischen Karabach-Armeniern und Baku führte. Die aktuelle Phase des Konflikts begann 1987 zu Zeiten der *Perestrojka*, als die Karabach-Armenier sich dem sowjetischen Armenien anschliessen wollten, was zu einer gewaltsamen Reaktion Aserbaidschans führte. Nach dem Zerfall der Sowjetunion brach der Krieg vollends aus. Auf beiden Seiten starben Zehntausende; Hunderttausende wurden vertrieben. Aus einem 1994 vereinbarten Waffenstillstand gingen die Karabach-Armenier siegreich hervor, da sie nun Gebiete weit jenseits der Grenzen der autonomen Sowjetregion Berg-Karabach kontrollierten.

Fast zeitgleich mit dem Kriegsausbruch von 1992 begann im Rahmen der OSCE Minsk Group unter Co-Vorsitz von Frankreich,



Ein russischer Checkpoint in der Stadt Stepanakert, welche in Aserbaidschan als Khankendi bekannt ist, am 2. Oktober 2023. *Karimov / Reuters*

Russland und den USA die Suche nach einer Lösung. Mitte der 2000er-Jahre einigten sich die Parteien auf Grundprinzipien der Konfliktbeilegung, darunter die Nichtanwendung von Gewalt, die Selbstbestimmung Karabachs durch ein zukünftiges Referendum und die territoriale Integrität Aserbaidschans. Diese umfasste die Rückgabe der Gebiete ausserhalb von Berg-Karabach, die die armenischen Streitkräfte im Krieg erobert hatten, an Aserbaidschan, die Einrichtung eines Landkorridors zwischen

Armenien und Berg-Karabach, die Rückführung Vertriebener und die Stationierung einer internationalen Friedenstruppe.

Keiner dieser Vorschläge wurde je umgesetzt. Während mehr als zwanzig Jahren sorgte ein asymmetrisches militärisches Gleichgewicht für relativen Frieden. Aserbaidschan war zwar die insgesamt mächtigere, aber Armenien hatte dank seines höher gelegenen Geländes einen strategischen Vorteil. Dieses Gleichgewicht verschob sich

jedoch zunehmend zugunsten Aserbaidschans. Ein Grund dafür war die Unterstützung Aserbaidschans durch die Türkei. Nach der Devise «eine Nation, zwei Länder» hatten die Türkei und Aserbaidschan im August 2010 ein umfassendes Militärabkommen unterzeichnet und seither regelmässig gemeinsame Manöver durchgeführt. Immer mehr aserbaidschanische Offiziere wurden in der Türkei ausgebildet – 2020 rund 85 Prozent. Ankara kooperierte mit Aserbaidschan auch in den Bereichen Nachrichtendienste und operative Planung und wurde zu einem wichtigen Waffenlieferanten. So lieferte Ankara *Bayraktar*-Drohnen, die den militärstrategischen Vorteil Armeniens zunehmend schmälerten.

Seit 2005 sind die aserbaidschanischen Militärausgaben massiv gestiegen und haben sich innert zehn Jahren fast verachtfacht. Von 2006 bis 2022 verzeichnete Aserbaidschan Militärausgaben von 40 Milliarden USD (in Preisen von 2021). Armenien hingegen legte weniger Wert auf die Modernisierung seiner Streitkräfte. Im gleichen Zeitraum betrugen die Militärausgaben bescheidene 8 Milliarden USD, davon etwa 1.5 Milliarden USD für Karabach.

Während Aserbaidschan seine Militärkapazitäten ausbaute, verfolgte Armenien vor allem die Strategie, durch diplomatische Verhandlungen den Status quo zu bewahren und sich zur Prävention grösserer militärischer Konflikte auf Russland zu verlassen. Dies wurde jedoch nach 2014 wegen der zunehmend schlechteren Beziehungen zwischen Russland und dem Westen und des wachsenden Einflusses der Türkei in der Region zur Herausforderung. Die «Samtene Revolution» Armeniens von 2018 brachte eine neue Generation relativ unerfahrener Anführer hervor. Diese glaubten, der Westen würde Armeniens demokratischen Weg unterstützen, während zugleich die Sicherheitspartnerschaft mit Russland weitergeführt werden könne. Die COVID-19-Pandemie 2020 änderte diese Dynamik und lenkte die Aufmerksamkeit fremder Mächte auf innenpolitische Themen. Russland richtete seinen Fokus zunehmend auf die Ukraine. Diese globalen Ereignisse schufen ein strategisches Vakuum in der Region. Armenien war zunehmend isoliert und Russland weniger geneigt, bei möglichen Angriffen zu intervenieren.

Aserbaidschan nutzte diesen Umstand, um die Situation in Berg-Karabach einseitig mit Gewalt zu lösen. 2020 startete Aserbaidschan eine gross angelegte Militärope-



ration. Nach 44 Tagen intensiver Kriegshandlungen unterzeichneten schliesslich die Staatschefs von Armenien, Aserbaidschan und Russland einen von Moskau vermittelten Waffenstillstand.

Zwar feierte Russland diese trilaterale Übereinkunft und die Entsendung seiner Für die Karabach-Armenier bedeutete der Krieg jedoch eine massive Niederlage. Sie verloren die Kontrolle über 3800 Quadratkilometer und mussten weitere 4700 Quadratkilometer nach Unterzeichnung des Waffenstillstands abtreten. Auch der Zweck des Abkommens, die Verhinderung weiterer Gewalt, scheiterte auf tragische Weise. Im Kielwasser des russischen Militärinvasionen der Ukraine im Februar 2022 eroberten aserbaidschanische Kräfte weitere Gebiete und blockierten zudem im Dezember 2022 die Versorgung Berg-Karabachs. Am 19. September 2023 schliesslich startete Aserbaidschan einen massiven Angriff auf die Region. Am folgenden Tag hatten die aserbaidschanischen Streitkräfte das verbleibende armenisch besiedelte Gebiet von Berg-Karabach im Wesentlichen zurückerobert. Örtliche armenische Führungskräfte waren gezwungen, die langjährige und de facto unabhängige Republik Berg-Karabach aufzulösen, um dafür die Erlaubnis zur Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erhalten. In Übereinstimmung mit den Erklärungen verschiedener Menschenrechts-

organisationen bezeichnete auch das Europäische Parlament in einer Resolution vom 5. Oktober 2023 die Flucht der Karabach-Armenier als «ethnische Säuberung».

Geopolitische Dynamik

Offizielle russische Verlautbarungen stellen die Ereignisse zwischen 2020 und 2023 als Strafe für die zunehmend prowestliche Haltung der armenischen Regierung dar. Die Niederlage Armeniens in Bergkarabach verdeutlichte jedoch, dass Russland trotz seiner direkten militärischen Präsenz nicht für Stabilität sorgen konnte. Mit seinem Verhalten hat Russland in den Augen der Armenier massiven Schaden genommen und auch die Frage des weiteren Verbleibs russischer Militärbasen in Armenien aufgeworfen.

Russlands ohnehin schon schwindender militärischer Einfluss sieht sich mit weiteren Herausforderungen konfrontiert. Armenien sucht eine engere Bindung an den Westen, nimmt an NATO-Militärübungen teil, kauft Waffen von Frankreich und stellt Russlands Rolle als langjähriger formeller Sicherheitsgarant innerhalb der von Moskau geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) offen infrage. Russland ist weiterhin in Armenien und in den georgischen Separatistengebieten Abchasien und Südossetien militärisch präsent, doch seine Relevanz

für die Geschicke dieser Gebiete im Südkaukasus schwindet. Moskau riskiert den Verlust eines strategischen Standbeins in der Region, die historisch als Tor für den russischen Einfluss im Nahen Osten und in der kaspischen Region galt.

Indessen hat der Einfluss der Türkei im Südkaukasus seit dem militärischen Triumph Aserbaidschans in Berg-Karabach massiv zugenommen. Doch obwohl die türkische Unterstützung für Aserbaidschan elementar ist, sollte man Baku nicht einzig als Werkzeug zur Einflussausweitung Ankaras in Regionen Zentralasiens und um das Kaspische Meer betrachten. Aserbaidschan feiert sein Bündnis mit der Türkei, war aber immer auch auf gute Beziehungen zu Russland und zum Westen bedacht. In Zentralasien hat die Türkei zudem erhebliche Konkurrenz durch China, Russland und den Iran.

In Reaktion auf seine schwindende Hegemonie setzt Russland nun erstmals verstärkt auf die so genannte 3+3 Plattform. Diese Mitte der 2000er Jahre ursprünglich von der Türkei vorgeschlagene und später vom Iran mitgetragene Initiative hat zum Ziel, in Kooperation mit den drei südkaukasischen Staaten den Einfluss äusserer westlicher Mächte, aber auch Chinas, von der Region fernzuhalten. Die Südkaukasus-Staaten bleiben derweil skeptisch. Sie möchten vermeiden, dass die einstigen imperialen Machtverhältnisse wiederaufleben und das westliche Engagement in der Region zurückgedrängt wird.

Auch wirtschaftliche Faktoren spielen in diesem komplexen geopolitischen Umfeld eine wichtige Rolle. Das Projekt *Crossroads of Peace*, das die Regierung Armeniens im Oktober 2023 vorstellte, hat zum Ziel, die seit dreissig Jahren geschlossenen Grenzen zur Türkei und zu Aserbaidschan wiederzueröffnen. Armenien, historisch Teil des Nord-Süd-Korridors, möchte sich nun auch am Ost-West-Korridor beteiligen, wobei Georgien als Haupttransitland für aserbaidschanisches Öl und Gas in die Türkei dient. Die Türkei als wichtigste Nutzniesserin des Ost-West-Korridors versucht, ihre Position als Drehscheibe für Energietransporte als aussenpolitischen Hebel gegenüber Europa zu nutzen. Auch der Iran hat sich kürzlich bereit erklärt, diesem Korridor beizutreten. Der Nord-Süd-Korridor, der Indien und den Iran via Armenien und Georgien mit dem Westen und mit Russland verbinden sollte, hat hingegen mit begrenzten Budgets, geografischen Zwängen und politischen Hinder-

nissen zu kämpfen. Wahrscheinlich wird dieser Korridor nun Armenien umgehen und stattdessen über Aserbaidschan und das Kaspische Meer verlaufen.

Die Rolle des Westens muss in diesem grösseren geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext gesehen werden. In den letzten zwanzig Jahren gab es eine zunehmende Tendenz, die Region näher an die institutionellen Strukturen des Westens heranzuführen. Die NATO gab bereits 2008 eine informelle Beitrittszusage an Georgien ab. Sie kooperiert auch mit Aserbaidschan und Armenien im Rahmen Individueller Partnerschaftsaktionspläne, die 2004 respektive 2005 unterzeichnet wurden. Obwohl Armenien Mitglied der von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion ist, trat 2021 das Abkommen über die um-

Auch wirtschaftliche Faktoren spielen in diesem komplexen geopolitischen Umfeld eine wichtige Rolle.

fassende und erweiterte Partnerschaft mit der EU in Kraft. Darüber hinaus unterzeichnete die EU 2016 ein vollwertiges Assoziierungsabkommen mit Georgien. Im November 2023 empfahl die EU-Kommission, Georgien, Moldawien und der Ukraine den Kandidatenstatus für eine EU-Mitgliedschaft zu erteilen.

Trotz dieser Trends gibt es weder eine Garantie für eine schnelle Integration in die westlichen Strukturen noch eine einheitliche westliche Linie gegenüber den einzelnen Ländern des Südkaukasus. Selbst die USA verfolgen keine einheitliche Politik. Die Republikaner betonen die Bedeutung des Energiehandels und haben nichts gegen eine stärkere Rolle der Türkei in der Region einzuwenden. Die Demokraten dagegen betonen die Sorge um die Menschenrechte und hinterfragen die regionalen Ambitionen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Eine einheitliche Haltung gibt es auch in Europa nicht. So sind beispielsweise das Vereinigte Königreich und Italien im aserbaidschanischen Energiehandel involviert. Während es Italien vor allem um die Wirtschaft geht, versucht Grossbritannien, die Türkei zu unterstützen, um dem Einfluss Russlands und des Iran entgegenzuwirken. Frankreich, eines der Gründungsmitglieder der Minsker Gruppe, hat konkurrierende Interessen gegenüber der Türkei im Mittelmeerraum und möchte den türkischen

Einfluss im Südkaukasus begrenzen. Die EU wiederum gründet ihre Position namentlich in Opposition zu Moskau und betont die Wichtigkeit von Gasimporten. Sie stellt die territoriale Integrität Aserbaidschans und die Gasverträge mit Baku über das Selbstbestimmungsrecht der Armenier in Karabach.

Verschiedene regionale Sichtweisen

Daneben sind auch die Staaten des Südkaukasus selbst wichtige Akteure. Die armenisch-aserbaidschanischen Kriege von 2020 bis 2023 haben dabei tiefe Spuren hinterlassen. In Georgien wurden die Ereignisse im öffentlichen Diskurs unterschiedlich interpretiert. Eine Lesart beruht auf den Kriegserfahrungen mit Abchasien und Südossetien Anfang der 1990er-Jahre und sieht Georgien ebenfalls als Opfer von Separatismus. Diese Perspektive legt nahe, dass der militärische Erfolg Aserbaidschans Georgien die Möglichkeit eröffnet, seine territoriale Integrität wiederzuerlangen. Andere sehen den Karabach-Konflikt losgelöst von Georgiens eigener

Situation. Diese Auslegung betont, dass Flüchtlingsströme verhindert und ethnische Spannungen zwischen den grossen aserbaidschanischen und armenischen Bevölkerungsgruppen in Georgien abgebaut werden müssen. Eine dritte Version interpretiert die Karabach-Kriege als Beispiel dafür, wie ein schwächeres Land von einem stärkeren überwältigt wurde. Vertreter dieser Ansicht befürchten, dass auch Georgien zur Zielscheibe werden könnte, insbesondere, wenn sich die russisch-türkischen Beziehungen weiter festigen und Georgien in ein geopolitisches Vakuum gerät. Derzeit ist Georgien wenig geneigt, sich an der 3+3-Plattform zu beteiligen, und es vermeidet gleichzeitig die direkte Konfrontation mit Russland, was die «skapistische» Linie der georgischen Regierung widerspiegelt. Dazu gehört, sich in regionalen Angelegenheiten zurückzuhalten, während man versucht, sich sowohl in die NATO als auch in die EU zu integrieren.

In Armenien haben sich zwei Hauptinterpretationen der jüngsten Ereignisse herauskristallisiert: Die erste sieht den verlorenen Krieg gegen Aserbaidschan und die Vertreibung der lokalen armenischen Bevölkerung aus Berg-Karabach als nationale Katastrophe. Sie deutet dies auch als Anzeichen einer Identitätskrise und womöglich sogar Vorboten für den Untergang Armeniens. Die zweite Interpretation hingegen sieht im Ende von Karabach eine

Chance für Armenien, den langjährigen Konflikt mit Aserbaidschan (und der Türkei) beizulegen, die regionale Integration voranzutreiben und die Handelsbeziehungen zu allen Nachbarländern auszubauen. Die öffentliche Meinung entspricht weitgehend der ersten Interpretation. Die zweite wird jedoch von pragmatischeren Teilen der Gesellschaft getragen und von der derzeitigen Regierung aktiv propagiert. Diese Divergenz hat zu einer tiefen innenpolitischen Spaltung geführt. Sie geht nicht allein auf politische Differenzen zurück, sondern auch auf fundamentale,

Die Karabach-Kriege von 2020 bis 2023 haben zu erheblichen Machtverschiebungen geführt.

wertbasierte Meinungsverschiedenheiten über die künftige geopolitische Ausrichtung Armeniens und insbesondere dessen Beziehung zu Russland.

Diese Interpretationen müssen sich angesichts der geopolitischen Unsicherheiten und der Furcht vor einem erneuten Konflikt erst noch beweisen. Premierminister Nikol Paschinjan betont weiterhin, dass sogar das Risiko einer Invasion Armeniens durch Aserbaidschan besteht. Weitere Herausforderungen sind der massive wirtschaftliche Schaden nach der Niederlage, der Verlust wichtiger Transportrouten aufgrund der aserbaidschanischen Blockadepolitik und der verstärkte wirtschaftliche Druck vonseiten Russlands. In den kommenden Jahren wird Armenien also mit einer multidimensionalen Krise von möglicherweise existenziellem Ausmass zu kämpfen haben.

Für Aserbaidschan war die jahrzehntelange Konfrontation mit Armenien um Berg-Karabach ein prägender Faktor für die nationale Identität. Im Gegensatz zu Armenien und Georgien, bei denen die westliche Hilfe an demokratische Fortschritte geknüpft war, konnte Aserbaidschan mit seinen beträchtlichen Öl- und Gaseinnahmen solche Bedingungen rundweg ablehnen. In Aserbaidschan hat sich das Regime ähnlich wie in einigen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu einem strengen Autoritarismus entwickelt.

Laut dem Report «Nations in Transit» (2023) von Freedom House erzielt Aserbaidschan bei der Demokratie im Vergleich zu Armenien mit 35 und Georgien mit 34 Punkten nur 1 von 100 Punkten. Neben seiner wachsenden regionalen Bedeutung bestimmen heute Autoritarismus, Militarismus, Nationalismus, Panturkismus und Armenierfeindlichkeit die politische Atmosphäre in Aserbaidschan.

Der Sieg Aserbaidschans verlieh Präsident Ilham Alijew einen Popularitätsschub. Dies könnte sich aber auch als Herausforderung für das Regime erweisen, waren doch die Mobilisierung des Volkes gegen den armenischen Feind und die Ungerechtigkeit der Besatzung seit Jahrzehnten wichtige, einende Faktoren. So betont Alijew trotz des Kriegsendes weiterhin die «früheren Untaten» der Armenier und die Gefahr durch «Revanchismus». Das Konfliktpotenzial wird noch dadurch gesteigert, dass Baku möglicherweise die Kontrolle über einen direkten Landkorridor zwischen Aserbaidschan und seiner Exklave Nachitschewan durch armenisches Gebiet anstreben könnte.

Folgen für die Politik des Westens

Die Karabach-Kriege von 2020 bis 2023 haben zu erheblichen Machtverschiebungen geführt. Zwar besteht Hoffnung auf Stabilität, doch so, wie die Karabach-Frage gehandhabt wurde, könnte ein Präzedenzfall für unilaterale, gewaltsame Lösungen geschaffen worden sein, die für andere regionale Akteure durchaus ihren Reiz haben könnten. Angesichts zunehmender globaler Spannungen und Instabilität muss der Westen seine Rolle in dieser Region zwingend neu definieren.

Bisher waren die Interessen der USA und Europas im Südkaukasus vor allem auf greifbare wirtschaftliche Vorteile (insbesondere den Transport von Öl und Gas) und die Integration in europäische und euro-atlantische Organisationen ausgerichtet. Das Erreichen dieser Ziele, insbesondere der Integration, wird vom politischen Willen der westlichen Mächte abhängen, sich als Schlüsselakteure in der Region zu etablieren. Ihr Handlungsspielraum wird massgeblich von den Beziehungen zu den

grossen Regionalmächten Russland, Iran und Türkei beeinflusst. Allerdings steht nun auch die Türkei den Aktivitäten ihrer westlichen Partner in der Region zunehmend kritisch gegenüber und verfolgt eine eigene Strategie, wobei sich Ankara auch mit Russland und dem Iran abstimmt.

Die weitere Entwicklung hängt grösstenteils davon ab, wie sehr der Westen seine Aussenpolitik in der Region normativ strukturiert. Ein wertebasierter Ansatz beinhaltet die Ablehnung von Autoritarismus, die Verteidigung der Menschenrechte und das Verhindern von gewaltsamen Konfliktlösungen. Neben politischen Erwägungen umfasst eine solche Herangehensweise auch Themen wie erneuerbare Energie, Minderheitenrechte und die Förderung der Zivilgesellschaft durch Unterstützung von NGOs. Eine rein wertbasierte Aussenpolitik birgt allerdings die Gefahr, die den internationalen Beziehungen zugrunde liegenden realpolitischen Kräfteverhältnisse zu wenig Rechnung zu tragen. Initiativen wie die neue 3+3-Plattform könnten den westlichen Einfluss möglicherweise einschränken und den Westen veranlassen, in einem zunehmend autoritären Kontext alternative Strategien zu erkunden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Westen angesichts der Machtverschiebungen seine Politik in der Region überdenken muss. Dabei sollten westliche Entscheidungsträger ihre strategischen Interessen sorgfältig mit ihren normativen Werten abgleichen, um den komplexen geopolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Hrant Mikaelian ist Politikwissenschaftler und zurzeit Fellow am Center for Eastern European Studies (CEES) der Universität Zürich.

Jeronim Perović ist Professor an der Universität Zürich und Leiter des CEES.

Diese Analyse entstand im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit zwischen dem CSS und dem CEES.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeber: Fabien Merz
Lektorat: Alexander Feltes
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Hybrider Krieg: Vorstellung und Wirklichkeit Nr. 332
Mediationsunterstützung: Strukturen und Rollen Nr. 331
UNO-Friedenssicherung Nr. 330
Zielkonflikte der Bundeswehrplanung Nr. 329
Katastrophenkosten vorbeugen Nr. 328
Zentralasien in einer Ära rivalisierender Grossmächte Nr. 327

© 2023 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000645877